



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Kröll

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: heike.kroell@stadt-koeln.de

Datum: 07.02.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 03.02.2014, 15:30 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Frank Maul	PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Krems SPD

Herr Axel Hopf auf Vorschlag der CDU

Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Mevlüt Ekinci	
Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Dr. Lothar Becker
Frau Dagmar Dahmen
Herr Dr. Andreas Engel
Herr Ingo Fleischer
Herr Friedel Giesen-Weirich
Herr Wolfgang Heintz
Frau Brigitte Herwartz
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Gero Schmidt
Frau Michaela Schulz
Herr Jörg Simon
Herr David Sprenger
Herr Ferdinand van Leyen
Frau Annika Wemhoff
Herr Frieder Wolf

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Gesamtpersonalrat

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann auf Vorschlag der SPD

Frau Katharina Roy-Seuren auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Johannes Köhn

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Nijat Bakis

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden.

Herr Detjen beantragt den TOP 10.12 ohne Votum in den Rat zu verweisen und die Vorlagen 10.5, 10.6 und 5.3 zu vertagen.

Herr Granitzka informiert über den nächsten Termin des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation am 24.03.2014.

Herr Marx bittet um Vertagung der TOP 4.8 und 10.8 in die nächste Sitzung.

Herr Detjen erwidert, dass TOP 10.8 ohne Votum in den Rat gegeben werden sollte, da zu diesem Thema bereits eine Sondersitzung angesetzt sei.

Herr Granitzka bedankt sich für die langjährige Mitarbeit von Herrn Fleischer, derzeitiger Amtsleiter des Personal- und Organisationsamtes, der zum 01.03.2014 in den Ruhestand eintritt.

Herr Granitzka trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil:

- 3.4 Neues Meldegesetz - Nachfrage von Herrn Wolter zu den Ausführungen der Mitteilung zu Frage 4 vom 08.07.2013 (Vorlagen-Nummer: 1240/2013)
0218/2014
Tischvorlage
- 3.5 Anfrage zum Sachstandbericht der Beschäftigtenbefragung "Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (4067/2013). Herr Detjen greift die Frage nach der Abnahme der körperlichen Leistungsfähigkeit im Alter auf. Er bittet um genauere Informationen zu der Frage aus einem Dezernat, in dem es geringere körperliche Belastungen gibt.
0219/2014
Tischvorlage
- 4.8 Erfahrungsbericht 2013 Erprobungsraum Rheinland
3990/2013
- 4.9 Sachstand Schulsekretariate 50+
0014/2014
- 5.3 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2013
3864/2013
- 6.1 Anfrage zu TOP 3.2 "Personalsituation 2013"
AN/0199/2014
Tischvorlage
- 6.2 Aufwand der Stadt Köln zugunsten des Festkomitees
AN/0218/2014
Tischvorlage

- 10.8 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013
- 10.9 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
4105/2013
- 10.10 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4129/2013
- 10.11 Bedarfsfeststellung für die Umsetzung eines Qualitätsentwicklungskonzeptes im Allgemeinen Sozialen Dienst sowie in den angrenzenden Fachdiensten
3321/2013
Tischvorlage
- 10.12 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto, hier: Projektzusagen
0040/2014
Tischvorlage

Frau dos Santos Herrmann beantragt, die Vorlage 10.1 ohne Votum in den Rat zu geben.

Herr Granitzka stimmt diesem Antrag zu.

Herr Marx beantragt, die Vorlage 5.1 ebenfalls ohne Votum in den Rat zu geben.

Herr Granitzka weist darauf hin, dass es sich hier um eine Mitteilung und keine Beschlussvorlage handelt.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Zeitplan zum 5. Frauenförderplan
4251/2013

2 Internationales

- 2.1 Klimapartnerschaft mit Rio de Janeiro und mit Corinto, hier: Projektanträge
4070/2013
- 2.2 Information über die Vergabe von Fördermitteln für entwicklungspolitische Bildungsarbeit
4009/2013

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Befreiung von der Maulkorbpflicht
0012/2014
- 3.2 Personalsituation 2013 - Perspektiven
0195/2014
- 3.3 Mündliche Anfrage Briefwahl in der Sitzung des AVR am 23.09.2013
0151/2014
- 3.4 Neues Meldegesetz - Nachfrage von Herrn Wolter zu den Ausführungen der Mitteilung zu Frage 4 vom 08.07.2013 (Vorlagen-Nummer: 1240/2013)
0218/2014
- 3.5 Anfrage zum Sachstandbericht der Beschäftigtenbefragung "Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (4067/2013). Herr Detjen greift die Frage nach der Abnahme der körperlichen Leistungsfähigkeit im Alter auf. Er bittet um genauere Informationen zu der Frage aus einem Dezernat, in dem es geringere körperliche Belastungen gibt.
0219/2014

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Jugendsportspiele in Bethlehem vom 26.10. - 02.11.2013
4076/2013
- 4.2 Sportprojekt: Besuch aus Brasilien vom 12. - 20.10.2013
3948/2013
- 4.3 Informationspolitik zur Unterbringung von Flüchtlingen in Köln
Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der BV Kalk vom 28.11.2013
4279/2013
- 4.4 Verlängerung des Vertrages über die Vermarktung des Zugweges zwischen der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH (GGKK) und der Stadt Köln
3987/2013

- 4.5 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2014"
0140/2014
- 4.6 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende
0006/2014
- 4.7 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2014
0113/2014
- 4.8 Erfahrungsbericht 2013 Erprobungsraum Rheinland
3990/2013
- 4.9 Sachstand Schulsekretariate 50+
0014/2014

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 5.1 Organisationsanalyse Gebäudewirtschaft
3901/2013
- 5.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2012
4240/2013
- 5.3 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2013
3864/2013

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage zu TOP 3.2 "Personalsituation 2013"
AN/0199/2014
- 6.2 Aufwand der Stadt Köln zugunsten des Festkomitees
AN/0218/2014

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Gremienbesetzung: Änderung der CDU-Fraktion
AN/1521/2013

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013
- 10.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds
4147/2013
- 10.3 Ausländerrechtliche Beratungskommission- Änderung der Geschäftsordnung
4141/2013
- 10.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungskonzept
4283/2013
- 10.5 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013
- 10.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013
- 10.7 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln
0075/2014
- 10.8 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013
- 10.9 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
4105/2013
- 10.10 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4129/2013
- 10.11 Bedarfsfeststellung für die Umsetzung eines Qualitätsentwicklungskonzeptes im Allgemeinen Sozialen Dienst sowie in den angrenzenden Fachdiensten
3321/2013

- 10.12 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto,
hier: Projektzusagen
0040/2014

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 13 Schriftliche Anfragen**
- 14 Mündliche Anfragen**
- 15 Anträge**
- 16 Allgemeine Vorlagen**

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

Herr Granitzka verpflichtet Herrn Marcel Adolf auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als stellvertretenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Zeitplan zum 5. Frauenförderplan 4251/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow kritisiert, dass der Frauenförderplan 2014-2016 erst nach der konstituierenden Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vorgelegt werden soll, obwohl dieser bereits Ende letzten Jahres angefordert wurde.

Sie bittet um Vorlage des Frauenförderplanes zur nächsten Sitzung, damit dieser noch in diesem Jahr zur Wirksamkeit komme.

Herr Kahlen erwidert, dass mit der Vorlage des letzten Frauenförderplanes, Geltungsdauer bis Ende 2013, empfohlen wurde, die Wirksamkeit bis Ende 2014 vorzusehen. Dieser Vorschlag sei seinerzeit nicht mitgetragen worden.

Frau von Bülow entgegnet, dass ein Frauenförderplan für drei Jahre gelte und bereits im Herbst 2013 die Vorlage des anschließenden Planes gefordert wurde, um eine nahtlose Weiterführung zu gewährleisten. Dies sei eine gesetzliche Vorgabe und eine Pflichtaufgabe. Dies nicht einzuhalten, halte sie für nicht förderlich und unsachgemäß.

Frau dos Santos Herrmann merkt an, dass sie die Argumentation von Frau von Bülow nachvollziehen könne, aber in der letzten Sitzung sei ausführlich dargelegt worden, aus welchen Gründen sich die Vorlage eines neuen Frauenförderplanes verzögere. Sie fragt nach, ob eine Möglichkeit bestünde, in der nächsten Sitzung diese Vorlage einzubringen.

Frau Kronenberg nimmt Bezug auf ihre Ausführungen in der letzten Sitzung, warum zum 01.01.2014 keine Vorlage des neuen Frauenförderplanes erfolgte. Sie führt an, dass sie am 20. Januar Daten vom Personalamt für die Ausführungen des 4. Frauenförderplanes erhalten habe, die grundlegend für die Erstellung des 5. Frauenförderplanes seien. Bereits vor Erhalt dieser Daten sei an der Erstellung des Frauenförderplanes gearbeitet worden. Eine Analyse der übermittelten Zahlen, für 17.000 Beschäftigte, sei aber kurzfristig nicht realisierbar.

Dies sei seinerzeit bereits absehbar gewesen, daher wäre bei der Einbringung des 4. Frauenförderplanes auch eine verlängerte Gültigkeit angeregt worden, wie es auch in anderen Städten in NRW praktiziert würde. Der Frauenförderplan für Köln habe aber nach wie vor eine Gültigkeit von drei Jahren. Sie sei aber mit ihren Mitarbeiterinnen sehr motiviert, innovative Maßnahmen zu entwickeln. Diese könnten auch möglicher-

weise im Mai diesen Jahres vorgelegt werden. Vor der Einbringung des Frauenförderplanes müssten aber noch andere Ämter der Verwaltung hinzugezogen werden.

Herr Granitzka schließt mit der Bitte, den Frauenförderplan so bald wie möglich vorzulegen.

2 Internationales

Herr Wolf weist auf die von ihm ausgelegte Neuauflage des Flyers „Köln weltweit“ hin. In dieser sei nun auch die Stadt Rio de Janeiro aufgeführt.

Herr Wolf informiert vorab zu der eingebrachten Mitteilung unter TOP 2.1, dass bei insgesamt drei vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Projekten, zwei Projekte der Stadt Köln zur Klimapartnerschaft mit Rio de Janeiro und Corinto berücksichtigt wurden.

Für die Umsetzung dieser Projekte sei der TOP 10.12 als Tischvorlage eingebracht worden. Diese Beschlussvorlage sei erforderlich, um dem Oberbürgermeister die Ermächtigung zu erteilen, die einzelnen Verträge zu unterzeichnen.

Die zweite Mitteilung unter TOP 2.2 sei die vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gewünschte Information zur Vergabe der Fördermittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Auf Wunsch könne er zu einzelnen Entscheidungen weitere Ausführungen machen.

2.1 Klimapartnerschaft mit Rio de Janeiro und mit Corinto, hier: Projektanträge 4070/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Information über die Vergabe von Fördermitteln für entwicklungspolitische Bildungsarbeit 4009/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Möller bittet um Erläuterung, nach welchen Kriterien die Mittelvergabe erfolgt sei, da die Höhe der Fördersumme von der beantragten Summe vielfach abweiche und zweimal eine höhere Förderung zugesprochen worden sei, als scheinbar üblich.

Herr Wolf führt aus, dass die Weitergabe aller Abwägungskriterien der Jury zu der Verteilung der Fördersummen den Rahmen einer Mitteilung sprengen würde. Die Jury vertrete den Standpunkt, dass die Mittel nicht gleichmäßig verteilt werden sollten, sondern gewichtet.

Zwei Projekte lägen über dem Regelförderbetrag. Dies seien die Projekte, die unmittelbar im Fokus der Förderziele stünden. Zum einen die Propagierung der Millenniumsentwicklungsziele und zum zweiten ein innovatives Projekt zur politischen Bildungsarbeit. Hier habe die Jury nach ausführlichen Diskussionen die Meinung vertreten, dass diese beiden Projekte eine höhere Förderung erhalten sollen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Befreiung von der Maulkorbpflicht 0012/2014

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.2 Personalsituation 2013 - Perspektiven 0195/2014

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3 Mündliche Anfrage Briefwahl in der Sitzung des AVR am 23.09.2013 0151/2014

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter fragt nach, ob die vereinbarten 10.000 Euro die tatsächliche Schadenssumme sei, oder ob es sich um einen Einigungsbetrag handelt.

Herr Kahlen führt aus, dass in die Schadenssumme, die in der letzten Mitteilung aufgeführt wurde, auch ein beauftragtes Gutachten beinhalte. Dieses Gutachten sollte die eventuellen Konsequenzen beleuchten, die möglicherweise eingetreten wären, wenn bei der Wahl doppelt abgegebene Briefwahlunterlagen wahlrechtlich relevante Auswirkungen entfaltet hätten. Es sei zu Anfang nicht bekannt gewesen, ob 3.100 potenziell betroffene Wählerinnen und Wähler tatsächlich doppelte Stimmen abgeben würden. Das eingeholte Gutachten habe im Ergebnis keine Relevanz mehr gehabt. Die Wahlorganisation habe durch Kontaktaufnahme mit allen, insgesamt 87 Wählerinnen und Wählern, eine doppelte Stimmabgabe ausschließen können. Alle 87 Betroffenen hätten tatsächlich nur einmal ihre Stimme abgegeben.

Das Gutachten, im Wert von 20.000 Euro, sei letztlich nicht mehr erforderlich gewesen. Wenn diese Summe herausgerechnet würde, verbleibe eine Schadenssumme in Höhe von 17.000 Euro. Auf dieser Grundlage sei eine Einigung in Höhe von 10.000 Euro erfolgt.

3.4 Neues Meldegesetz - Nachfrage von Herrn Wolter zu den Ausführungen der Mitteilung zu Frage 4 vom 08.07.2013 (Vorlagen-Nummer: 1240/2013) 0218/2014

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bedankt sich für die ausführliche Beantwortung seiner Anfrage, empfindet das Ergebnis aber nicht befriedigend.

Die Weitergabe von Familienstandsangaben an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften von geschiedenen, aber auch eingetragenen Lebenspartnerschaften empfinde er als kritisch, gerade wenn es sich hierbei um den Arbeitgeber handele. Er stelle sich die Frage, ob hier die Erfüllung eines Diskriminierungstatbestandes vorliege, weil die katholische Kirche und Freikirchen von der Datenauskunft zum Familienstand Gebrauch machen könnten, wenn sie Arbeitgeber sind und diese Auskunft an die Religionsgemeinschaften auch dann erteilt würden, wenn vorher vom Betroffenen glaub-

haft gemacht worden sei, dass bei der Weitergabe der persönlichen Daten ein Schaden zugefügt werden könnte.

Er sehe diese Fragestellung aber eher zur Klärung auf bundesrechtlicher Ebene.

3.5 Anfrage zum Sachstandbericht der Beschäftigtenbefragung "Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (4067/2013). Herr Detjen greift die Frage nach der Abnahme der körperlichen Leistungsfähigkeit im Alter auf. Er bittet um genauere Informationen zu der Frage aus einem Dezeretat, in dem es geringere körperliche Belastungen gibt. 0219/2014

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Jugendsportspiele in Bethlehem vom 26.10. - 02.11.2013
4076/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.2 Sportprojekt: Besuch aus Brasilien vom 12. - 20.10.2013
3948/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.3 Informationspolitik zur Unterbringung von Flüchtlingen in Köln
Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der BV Kalk vom 28.11.2013
4279/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen möchte zu der Mitteilung aus der Bezirksvertretung (BV) Kalk anmerken, dass er sich eine andere Herangehensweise an die Diskussion zu einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen wünsche. Voraussetzung für die Standortwahl der dezentralen Unterbringung sollte auch sein, ob die Kinder, die dezentral untergebracht werden sollen, in den Schulen in der Nähe unterrichtet werden können und nicht nur, ob ein Stadtteil bereits Flüchtlinge aufgenommen habe.

Herr Knappertsbusch entgegnet, dass es bei der Diskussion in der BV Kalk nicht um die Besser- oder Schlechterstellung des Bezirkes Kalk, in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen, gegenüber anderen Bezirken ginge, sondern um die Frage, wie der Bezirk Kalk mit der Thematik konfrontiert worden sei.

Aus Sicht der BV Kalk sei hier der Bezirk von der Verwaltung überrascht und nicht frühzeitig genug eingebunden worden.

Er wünsche zukünftig eine frühzeitige Einbindung und Information der Institutionen und Träger des gesellschaftlichen Lebens, um eine Eingliederung der Flüchtlinge in die Gesellschaft einfacher zu gestalten.

Er habe jedoch Verständnis dafür, dass die Verwaltung nicht immer alle Infrastruktur-

merkmale als gewährleistet ansehen könne, wenn Flüchtlinge in den Stadtbezirken untergebracht würden. Nicht immer sei es möglich, unter anderem Schul- oder Kindergartenplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen.

Herr Krems führt aus, dass die BV Kalk nach seiner Meinung einen ausgewogenen Beschluss gefasst habe, der verdeutliche, welche Probleme die angemessene Flüchtlingsunterbringung bereite. In diesem Zusammenhang sei auch diskutiert worden, wie die angemessene Beschulung der Flüchtlingskinder erfolge. Ein Anlass für diesen Beschluss sei auch gewesen, dass Grundschulleiter des Bezirkes auf diese Problematik hingewiesen hätten. Für die BV Kalk sei wichtig gewesen, mit dem Beschluss auch auf die Frage hinzuweisen, inwieweit ein Stadtteil Integrationsleistung bereits erbringe und wie die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge in diesem Umfeld mit begleitenden Maßnahmen funktionieren könne. Nach seiner Ansicht sei bei der Unterbringung ein Blick auf die gesamte Stadt und alle Stadtteile nötig und nicht nur auf einen.

Herr Granitzka bedankt sich für die Beiträge und bittet Frau Beigeordnete Reker um Stellungnahme.

Frau Reker sieht den Kern der Vorlage in der Informationspolitik. Die Verwaltung bemühe sich um eine dezentrale Unterbringung. Es gebe viele Rahmenbedingungen in Bezug auf die Möglichkeiten zu beachten.

Die Informationspolitik, die hier kritisiert würde, sei in den vergangenen Jahren unverändert. Jedoch seien in der Vergangenheit nicht so viele Flüchtlinge nach Köln gekommen, dass dies als Problem hätte erkannt werden können.

Es sei besprochen worden, zukünftig eine bessere Informationspolitik durchzuführen und die Bezirksvertretungen zeitnah zu informieren.

Zu den Ausführungen von Herrn Detjen zur Schulkapazität in der Nähe, erläutert Frau Reker, dass in Ehrenfeld eine Notaufnahmeeinrichtung sei. Nur ein kleiner Teil der dort untergebrachten Personen seien zugewiesene Flüchtlinge und nur die zugewiesenen Flüchtlinge würden einer Schulpflicht unterliegen und zur Schule gehen. Die bestehende Schwierigkeit der Schulkapazität sei bereits mit der Schuldezernentin Dr. Klein besprochen worden. Eine Möglichkeit der Abhilfe sei aber derzeit noch nicht erkennbar.

Herr Detjen erwidert, dass heute etwa so viele Flüchtlinge nach Köln kämen, wie im Jahre 2004.

Er sei der Meinung, dass alle Kinder – auch die nicht zugewiesenen Flüchtlinge - ein Anrecht auf Schulunterricht hätten. Dieser Schulunterricht sei für alle Kinder möglichst schnell zu organisieren. Es müssten Bedingungen geschaffen werden, die dies ermöglichen, wie zusätzliche Klassen oder der Transport der Kinder zu den Schulen.

4.4 Verlängerung des Vertrages über die Vermarktung des Zugweges zwischen der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH (GGKK) und der Stadt Köln 3987/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bittet um die Vorlage einer Synopse, aus der die Modifizierungen des Vertrages zu erkennen seien.

4.5 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2014" 0140/2014

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.6 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende 0006/2014

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen spricht sein Lob für dieses Projekt aus und fragt, ob es erweiterbar wäre. 300 Jugendliche kämen für das Projekt in Frage, aber nur 15 seien ausgewählt worden.

Frau Möller fragt nach, ob es richtig sei, dass geduldete Jugendliche keinen Anspruch auf schulische Förderung hätten.

Frau Dahmen erläutert, dass etwa 300 potenzielle Jugendliche ermittelt wurden und 15 für die Aufnahme in das Förderprojekt ausgewählt worden seien. Für dieses Förderprojekt habe die Robert-Bosch-Stiftung Fördermittel bewilligt. Es seien bereits Arbeitskreise mit den Jugendmigrationsdiensten und mit den Kursträgern gebildet worden, um diese Jugendlichen, die in der Regel nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eng flankiert begleiten zu können. Dies sei sehr zeit- und arbeitsintensiv. Aus diesem Grunde wolle man erst mit dieser begrenzten Anzahl von Jugendlichen beginnen und bei der Einstellung von Erfolgen könne später eine Erweiterung überdacht werden. Frau Dahmen führt weiter aus, dass sie zuversichtlich sei, dass durch die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgelegten Änderungen und Absichtserklärungen möglicherweise demnächst eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung vorliege, mit der dann zukünftig auch andere Jugendliche in Integrationskursen gefördert werden könnten.

Herr Detjen bittet um die Vorlage eines Zwischenberichts in etwa sechs Monaten.

Frau Dahmen sagt eine Mitteilung zu.

Frau Möller fragt noch mal nach, ob grundsätzlich keine Möglichkeit der schulischen Förderung für geduldete Jugendliche bestünde.

Frau Dahmen bestätigt die grundsätzliche Schulpflicht, aber der ausgewählte Personenkreis unterliege nicht mehr der Schulpflicht und solle auf diesem Wege gefördert werden.

Herr Granitzka bedankt sich für die Ausführungen.

4.7 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2014 0113/2014

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.8 Erfahrungsbericht 2013 Erprobungsraum Rheinland 3990/2013

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 31.03.2014.

4.9 Sachstand Schulsekretariate 50+ 0014/2014

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann befürwortet den Sachstand und lobt die Verwaltung für die zügige Besetzung der Stellen.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Organisationsanalyse Gebäudewirtschaft 3901/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Marx bittet, diese Mitteilung auch dem Finanzausschuss vorzulegen.

5.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2012 4240/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann fragt, welche Schlüsse aus diesem Erfahrungsbericht gezogen würden, auch vor dem Hintergrund, dass die psychischen Erkrankungen, aufgrund der beruflichen Belastungen, eher steigen.

Herr Kahlen erwidert, dass dieses Thema auch ein Schwerpunkt der durchgeführten Beschäftigtenbefragung sei und mit dem eingebrachten Erfahrungsbericht der derzeitige Status geliefert worden sei. Die Reaktion auf diese Entwicklung erfolge im Zusammenhang mit dem neu aufgestellten betrieblichen Gesundheitsmanagement, auf der Basis der Beschäftigtenbefragung. Er schlägt daher vor, das Thema in diesem Zusammenhang weiter zu behandeln.

Frau dos Santos Herrmann ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Herr Detjen führt aus, dass es hier um den vorgelegten Integrationsbericht gehe, der die Forderung verfolge, mehr behinderte Personen bei der Stadt Köln zu beschäftigen. Aus dem Bericht sei zu entnehmen, dass die Stadt Köln seit dem Vorjahr 66 behinderte Personen mehr beschäftige. Jeder Betrieb müsse, aufgrund einer gesetzlichen Regelung, mindestens einen Anteil von 5 % behinderter Mitarbeiter beschäftigen, sonst seien Abgaben zu zahlen. Er hebt positiv hervor, dass die Stadt Köln derzeit eine Quote von 7,16 % erfülle.

Er möchte jedoch an die Verwaltung appellieren, zukünftig wieder mehr Aufträge an Behindertenwerkstätten zu vergeben, um diese auszulasten. Die Auftragssumme sei,

laut der Aufstellung auf Seite 16, im Vorjahr um 10.000 Euro auf 215.000 Euro reduziert.

5.3 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2013 3864/2013

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 31.03.2014.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage zu TOP 3.2 "Personalsituation 2013" AN/0199/2014

6.2 Aufwand der Stadt Köln zugunsten des Festkomitees AN/0218/2014

7 Mündliche Anfragen

7.1

Frau Möller teilt mit, dass in der Zeit vom 03. – 05. Mai die Europawoche stattfinden und Projektmittel vom Land NRW bereitgestellt würden, die jedoch bis zum 24.01.2014 abgerufen werden sollten.

Sie fragt, ob vom Amt für Internationale Angelegenheiten ein Antrag gestellt wurde oder ob Vereine Interesse gemeldet hätten.

Herr Wolf antwortet, dass die Information des Landes über die Bereitstellung der Fördermittel sehr kurzfristig erfolgt sei. Daher sei es kaum möglich gewesen, hier Mittel zu beantragen.

Das Amt für Internationale Angelegenheiten bereite aber jedes Jahr etwas für die Europawoche vor, so dass es auch in diesem Jahr wieder Veranstaltungen geben werde.

7.2

Herr Marx nimmt Bezug auf das Thema „Internetstadt“, insbesondere auf die vorhandene rathausnahe Beschilderung mit dem Hinweis „WLAN Cologne“. Er habe der Presse entnommen, dass in der Bonner Innenstadt bereits ein kostenloses Surfen möglich sei.

Er fragt, wann in Köln ebenfalls kostenlos im Internet gesurft werden könne.

Herr Kahlen antwortet, dass in einer der letzten Sitzungen Fragen zu dieser Thematik beantwortet und entsprechende Konzeptstufen vorgelegt worden seien. Für die Umsetzung würden derzeit Gespräche geführt; insbesondere sei die NetCologne GmbH an diesen Gesprächen beteiligt, um bestimmte Areale in der Stadt, öffentliche Plätze, auch in einer bestimmten Prioritätenfolge „auszuleuchten“.

Die angesprochene Beschilderung stamme noch aus der Zeit des Weltjugendtages und sei teilweise überklebt oder nicht mehr lesbar. Es gehöre aber zu einem Teil des erarbeiteten Konzeptes, diesbezüglich besser zu informieren.

Er informiert, dass schon während des Weihnachtsmarktes 2013 auf dem Roncalli-platz die Möglichkeit bestanden habe, mit einem Smartphone oder Tablet-PC eine kostenlose WLAN-Verbindung herzustellen.

8 Anträge

8.1 Gremienbesetzung: Änderung der CDU-Fraktion AN/1521/2013

Beschluss:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln können Ausschüsse Unterausschüsse bilden.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales hat seinerzeit den Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation gebildet und besetzt.

Die CDU-Fraktion benennt anstelle von Frau Gisela Manderla MdB

Herrn Werner Marx

als ordentliches Ratsmitglied für den Unterausschuss Verwaltungsorganisation.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 3902/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds 4147/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat bestimmt Frau Susanne Kremer-Buttkereit als ordentliches Mitglied des Kommunalen Integrationszentrums in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Ausländerrechtliche Beratungskommission- Änderung der Geschäftsordnung
4141/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Änderung in § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens
Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über
die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den
Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungs-
konzept
4283/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Abwassersatzung – in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013**

Herr Ekinci bittet um Mitteilung, ob die in der Satzung angegebenen Ruhezeiten von 20 und 30 Jahren für Erdbestattungen auch für Muslime gelten und ob bei Bestattungen nach muslimischem Glauben von der Sargpflicht abgesehen werden kann.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung, durch die Fachverwaltung, zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung am 31.03.2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung am 31.03.2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln
0075/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10.8 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013 2567/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" 4105/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Umsetzung der angekündigten Förderung durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) die auf drei Jahre befristete Zusetzung von 4,5 Stellen für das Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“, welches durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden soll (Projektstart 15.03.2014, Projektende 14.03.2017).

Es handelt sich um folgende Stellen:

2,0 Stellen Facharzt / Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie Vgr. Ib/Ia BAT (E 15 TVöD)

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in S 12 TVöD - SuE

1,5 Stellen Arzthelfer/in Vgr. VIII/VII BAT (E 3 TVöD)

Der Rat beschließt somit die befristete Zusetzung der o.g. Stellen zum Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereitgestellt.

Der Personalaufwand (Anlage 1) für die Jahre 2014 ff refinanziert sich auf Basis der für 2014 ermittelten Werte durch die Fördergelder des Landes.

Der Sachaufwand (Anlage 1) sowie die Auszahlung für Investitionen werden aus den im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste – veranschlagten Mitteln finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen 4129/2013

Herr Marx bittet, Ende des Jahres 2014 dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales einen Bericht vorzulegen, ob die erwarteten Mehrerträge die zusätzlichen Personalaufwendungen gedeckt haben.

Herr Richter bittet um Information, wie es zu erklären sei, dass 74 Stellen für eine Geschwindigkeitsüberwachung und deren Prozesse erforderlichen seien.

Herr Kahlen nimmt Bezug auf den ersten Absatz der Beschlussvorlage und zitiert: „Im Auftrag der Bezirksregierung soll aufgrund des baulichen Zustandes zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine durchgängige Überwachung erfolgen. Dadurch soll diese Infrastruktur bis zum Neubau geschont und eine ansonsten zu kalkulierende Verkehrsverlagerung auf die Kölner Brücken mit schwerwiegenden weiteren Restriktionen für den Wirtschaftsstandort Köln verhindert werden.“

Er führt weiter aus, dass diese Maßnahme aus dem Eigeninteresse der Verkehrssicherheit und auch der Verkehre des Wirtschaftsstandortes Köln ohne Alternative sei. Die Leverkusener Autobahnbrücke sei bei ihrem Bau weder für Lkw mit dem heute zulässigen Gewicht bis 40 Tonnen, noch für die heutigen Frequenzen der Lkw auf der Brücke konstruiert worden.

Durchgeführte Messungen der Polizei hätten im Vorfeld bereits zahlenmäßig mehr Verstöße ermittelt als die durchschnittliche Anzahl der Verstöße an einem Tag innerhalb des Stadtgebietes von Köln. Diese massiven Verstöße schädigten das bereits hochbelastete Brückenbauwerk in erheblichem Maße. Sie müsse aber bis mindestens 2020 funktionsfähig bleiben.

Durch die große Häufigkeit der Verstöße sei faktisch genauso viel Personal notwendig, wie für die Ahndung der Verstöße innerhalb der Stadt Köln. Dies erkläre die hohe Zahl des Personalbedarfes.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Zur Erledigung der Aufgabe „Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 – Rheinbrücke Leverkusen“ werden weitere Mehrstellen erforderlich, die zum Stellenplan 2015 realisiert werden sollen.

Dazu beschließt der Rat der Stadt Köln die Zusetzung von 2,0 Stellen A6 ÜBesG NRW, 2,5 Stellen A7 ÜBesG NRW, 4,0 Stellen A8 ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 m.D. ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 g.D. ÜBesG NRW und 1,5 Stellen A10 ÜBesG NRW befristet auf zwei Jahre. Da eine sofortige Besetzung notwendig ist, werden entsprechende Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2015 verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen in der Teilplanzeile 11 werden durch Mehrerträge im Teilplan 0205 - Verkehrsüberwachung, in der Teilplanzeile 7 – sonstige ordentliche Erträge – in entsprechender Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung der FDP.

**10.11 Bedarfsfeststellung für die Umsetzung eines Qualitätsentwicklungskonzeptes im Allgemeinen Sozialen Dienst sowie in den angrenzenden Fachdiensten
3321/2013**

Beschluss:

Vorbehaltlich der fachlichen Beurteilung durch den Jugendhilfeausschuss beauftragt der AVR die Verwaltung mit der Umsetzung einer Fortbildungsreihe im Amt für Kinder, Jugend und Familie zur Qualitätsentwicklung im Bereich der Steuerung der Hilfen zur Erziehung mit einem Auftragsvolumen von 210.000 Euro im Zeitraum 2014 – 2016. Auf den Vergabevorbehalt wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto, hier: Projektzusagen
0040/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Winrich Granitzka
Vorsitzender

Heike Kröll
Schriftführerin